

Ersteinstufige
nachmitt. mit Ausnahm.
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
monatlich 60 Pf.
vierteljährlich 1.50 Mk.
halbjährlich 2.75 Mk.
jährlich 5.00 Mk.
Durch die Post bezogen
1.00 Mk. mehr. Beleggeb.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsblatt),
durch die Post nicht bezog-
bar kostet monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Stalupen 1047.
Gesamamt-Niederl.
Verkaufst. Halleinst.

Sozialstaat

Infektionsgebühr
betragt für die gewöhnliche
Pforten- oder Warenausgabe
30 Pfennig.
Für aussergewöhnliche Ausgabe
40 Pfennig.

In reaktionären Zeiten
kann die Gebühr 75 Pfennig sein.

Inferate
für die fällige Summe
müssen infizierte via wer-
mittlungsamt bis zum
Expeditoren aufgezogen
sein.

Eingetragen in die
Polizeistadt.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Naumburg-Weissenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Edertalberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Massenelend.

In Groß-Berlin wurden
101 300 Arbeitslose ermittelt.

Eine furchtbare Anlage gegen die bestehende Gesellschafts-
ordnung und ihre politischen Organe, den preussischen Staat
und die Gemeinden von Groß-Berlin bedeuten die Ziffern,
die durch die Arbeitslosenzählung der Berliner Arbeiter-
und Gewerkschaftsgenossen festgestellt worden sind. Mehr als
hunderttausend erwachsene, zum großen Teil verheiratete Men-
schen, Familienväter in einer einzigen Stadt ohne Arbeit und
ohne Erwerb! Man stelle sich eine Bevölkerung von mehreren
hunderttausend Menschen vor, die durch eine Elementar Kata-
strophe vom Verberbe abgeschnitten gar nicht oder nur vollständig
unzureichend mit Proviant versehen werden kann - welche Er-
regung menschlichen Mitleids würde sich der ganzen Welt
bemächtigen, welche Anstrengungen würden in allen Kreisen
der Menschheit gemacht werden, um die gefährdeten Menschen
zu retten. Die Gleichgültigkeit, mit der die bürgerliche
Gesellschaft den Massenpöbel gegenübersteht, die von den wirt-
schaftlichen Katastrophen unserer Zeit gefordert werden, ist
unvergleichbar. Allerdings, wenn Bankhäuser zusammen-
brechen, wenn eine wilde Panik die Wölfe beneidet, wenn sich
gekauzte Kapitalisten sich über Nacht zu wertlosen Papieren
verwandeln und enttäuschte Spekulantensich ein Äußerst
den Kopf jagen, dann ermahnt in den besseren Gesellschafts-
kreisen zugleich mit dem bösen Gewissen die missliebige Seele.
Wenn aber das Industrieskapital in profitabler Vorlage und
ohne Gefährdung seiner Substanz zu Produktionsbeschrän-
kungen übergeht, durch die Tausende, Hunderttausende auf
die Straße gestößt werden, ohne daß irgend jemand
danach fragt, woher sie morgen für sich und ihre Kinder das
Brot hernehmen sollen, dann reicht das Mitleid der „besseren
Stände“, denen solches glücklicherweise ja nicht passieren kann,
nicht über eine konventionelle Grimasse hinaus; ein erster
Wille, besorgend die Hand anzulegen, ist aber in den herrschen-
den Kreisen nicht vorhanden.

Die kritischen Betrachtungen, die die bürgerliche Presse den
furchtbaren Feststellungen der Arbeitslosenzählung anhängt,
beschränken sich denn auch zumeist auf die Bemerkung, daß die
von den Arbeiterorganisationen ermittelten Ziffern „über-
trieben“ seien. Es wird behauptet, daß in diesen Zahlen sowohl
die Arbeitslosen als auch die Arbeitsunfähigen mitenthalten
seien, deren es im ganzen 30 000 in Groß-Berlin geben soll.
So daß für die wirkliche durch mangelnde Arbeitsgelegenheit
verursachte Arbeitslosigkeit „nur“ die Zahl von rund 70 000
übrig bliebe. Das wären dann allerdings „nur“ 30 000 mehr
als die amtliche Arbeitslosenzählung vom 17. November 1908
ergeben hat, und dieses Mehr ist nicht nur auf die Zunahme
der Arbeitslosigkeit zurückzuführen, die seit November statt-
gefunden, sondern auch auf die bessere, gewissenhaftere Erfassung, die
von den Arbeiterorganisationen angewendet wurde. Während
die Gemeindeführer ihre Zähler in Pöbelnassen postierten
und die Arbeitslosen zur Werbung beifällig aufzufordern, haben
die Arbeiter und die Gewerkschaften ein Heer von Zählern von
Haus zu Haus geschickt, und auf diese Weise die ganze Berliner
Bevölkerung in bezug auf die Arbeitslosigkeit statistisch
durchgeprüft - gewiß eine außerordentliche Leistung, auf die
die Organisation stolz sein kann, und die den Gegnern gemiß-
trauisch nach Anlaß zu mancherlei nachdenklichen Betrachtungen über
den sozialdemokratischen „Einzug im Staate“ geben.

Nach bei den Vorgesetzten eines Volkes liegen aber auch seine
Schwächen. Die gemaltenen Leistungen der Organisation
sind nicht wunderbarer als die Schuld, mit der sich die
Maffen der Arbeitslosen bisher in ihr Schicksal gefunden
haben. Wenn in Ländern, die mit stärkerem politischem Tem-
perament begabt sind, einige tausend Arbeitslose vorhanden
sind, so wissen diese sofort sich zu rühren und die Aufmerksam-
keit auf sich zu lenken. Die deutsche bürgerliche Presse greift
diese Nachrichten gierig auf, und so entsteht das falsche Bild,
als ob jenerseits der Grenzen das schwarze Elend herrsche,
während hierzulande alles in bester Ordnung liege. Durch solche
Stimmungsmonente verführt, dürften auch sehr ruhige sozial-
politische Beobachter bisher der Ansicht geblieben haben, daß
sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland mit der in England an
Umfang gar nicht messen könne. Solche unbewußt schonfär-
bernde, optimistische Auffassungen wird man nach den Ergeb-
nissen der letzten Berliner Zählung gründlich revidieren müssen,
zumal das Berliner Resultat nur eine Stichprobe davon gibt,
wie es in den deutschen Industriestädten im allgemeinen aus-
sieht.

Der Versuch der bürgerlichen Kritik, von dem Ergebnis der
Zählung soviel wie möglich abzuschneiden, hätte noch einen
Sinn, wenn es sich ihr darum handeln würde, nur die genaue
Ziffer jener Arbeitslosen festzustellen, zu deren persönlicher und
sozialer Lebensstellung nun etwas Bestimmtes gefordert solle.
Daher ist aber gar nicht die Rede. Nur hat die Berliner ge-
müßte Konvention zur Einrichtung einer Arbeitslosenverzeich-
nung in ihrer letzten Sitzung beschlossen, 300 000 Mark zur
Herstellung einer Interzession von einer Mark täglich auszu-
geben, doch bedarf dieser Beschluß zunächst der Bestätigung
durch Magistrat und Stadtv. Deute, und überdies ist noch

recht unklar, wie die Behörden in ihrer bekannnten Schwerfälli-
gkeit und mit ihrer Neigung Arbeitslosenfagen als Armen-
angelegenheit zu behandeln, der ihnen gestellten Aufgabe gerecht
werden wollen. Wenn sich jetzt nach der Zählung die Arbeits-
losen der Bedeutung ihrer Zahl bewußt werden, müssen sie die
Öffentlichkeit mit gebotener Energie auf sich aufmerksan
machen und mit allen wirksamen Mitteln die Massengesellschaft
zur Aktion verpflichten.

Fast Tage sind es her, daß die bürgerliche Presse ihrer Ent-
tötung Ausdruck gab über einige lebhaft Szenen, die von
Berliner Arbeitslosen hervorgerufen worden waren. Noch
heute zeter in der „Kreuzzeitung“ ein Sönigstreuer darüber,
daß an jenem Dienstag preussische Farben von „entseelten
Köbel“ heruntergerissen wurden, und er empfiehlt für künftige
ähnliche Fälle den Gebrauch von Militär. Das wäre die rich-
tige altpreussische Art, alles Elend der Welt zu kurieren! Die
Arbeiterklasse weiß, daß sie vom Klassenhaß alles, nur nichts
Ernsthafte, den erlauchten, eblen und bloß geübten Herren der
beiden Häuser des Landtags der preussischen Monarchie macht,
sich lieber selbst an Arbeiterfreundlichkeit aufweisen werde,
stund von vornherein fest. Wer etwa noch des naiven Glaubens
sich mochte, daß es sich hier wirklich um einen Fortschritt
handelt, wird durch die Zustimmung, die die Vorlage im all-
gemeinen bei den geduldsamen Arbeiterkreisen von der Rechten
und der nationalliberalen Partei fand, eines anderen belehrt
werden. Ganz vorbehaltlos ist freilich, wenigstens bei den
Konfessionen und Freilichselbst, diese Zustimmung nicht.
Speziell die Konfessionen, die einen Hebrer letzter Garnitur
namens Wendell vorziehen, beschließen, aus dem Geste
auszumachen, was noch allenfalls nach Verbesserung kamden
kann. Der freilichselbst Redner, ein gewisser Landrat
v. Bonna, betrachtet als eine viel wichtigere Aufgabe als die
Schaffung eines Beschlusses die Bildung großer Kohlen-
revolverlager seitens des Staates, um jeden Bergarbeiter
im Reine zu erstickern. Also organisiert Staatsverbrech!
Auch die Nationalliberalen, für die der alte Riechberg sprach,
wollen von einem Reichsberggesetz nichts wissen. Bekanntlich
behauptet die nationalliberale Fraktion des Reichstages, für ein
Reichsberggesetz zu sein. So wird immer aus neue das Wort
des auf dem Bialodarter geopferten Grafen Podobinski be-
stätigt, daß dieselben Parteien im Dreifaltigkeitshaus anders aus-
sehen, als im Reichstage.

Der Kampf um Bergarbeiterbesch.

Am Dienstag hat das preussische Dreifaltigkeitshaus mit der
Beratung der Novelle zum Berggesetz begonnen. Das die
Vorlage, die das Ministerium Wilson, und speziell der Minister
Delbrück, den erlauchten, eblen und bloß geübten Herren der
beiden Häuser des Landtags der preussischen Monarchie macht,
sich lieber selbst an Arbeiterfreundlichkeit aufweisen werde,
stund von vornherein fest. Wer etwa noch des naiven Glaubens
sich mochte, daß es sich hier wirklich um einen Fortschritt
handelt, wird durch die Zustimmung, die die Vorlage im all-
gemeinen bei den geduldsamen Arbeiterkreisen von der Rechten
und der nationalliberalen Partei fand, eines anderen belehrt
werden. Ganz vorbehaltlos ist freilich, wenigstens bei den
Konfessionen und Freilichselbst, diese Zustimmung nicht.
Speziell die Konfessionen, die einen Hebrer letzter Garnitur
namens Wendell vorziehen, beschließen, aus dem Geste
auszumachen, was noch allenfalls nach Verbesserung kamden
kann. Der freilichselbst Redner, ein gewisser Landrat
v. Bonna, betrachtet als eine viel wichtigere Aufgabe als die
Schaffung eines Beschlusses die Bildung großer Kohlen-
revolverlager seitens des Staates, um jeden Bergarbeiter
im Reine zu erstickern. Also organisiert Staatsverbrech!
Auch die Nationalliberalen, für die der alte Riechberg sprach,
wollen von einem Reichsberggesetz nichts wissen. Bekanntlich
behauptet die nationalliberale Fraktion des Reichstages, für ein
Reichsberggesetz zu sein. So wird immer aus neue das Wort
des auf dem Bialodarter geopferten Grafen Podobinski be-
stätigt, daß dieselben Parteien im Dreifaltigkeitshaus anders aus-
sehen, als im Reichstage.

In einer vortrefflichen und von eingehender Kenntnis
zeugenden Rede über die Genosse Leinert in freier Sachlichkeit
einschneidende Kritik an der Vorlage. Es ist im Rahmen dieser
Lebenszeit nicht möglich, auf die Einzelheiten der erspöndigen
Ausführungen einzugehen, die durch die heinlichen Aus-
stellungen des mit Marx herumtänzelnden Freidberg an Be-
deutung nicht verlor sondern gewann. Außerordentlich
wirkungsvoll war besonders der Schluß der Leinertischen Rede.
Unter Beratung auf einen unerwähnten Zeugen, den christ-
lichen Arbeiterführer Eifen, unter Freilichselbst auf
den Entzweiungsthum hin, den diese neue gesetzgeberische Miß-
geburt in der ganzen Bergarbeiterfrage über Unterfeld der
religiösen und politischen Fäulnis hervorgerufen hat.

Von den bürgerlichen Rednern, die außer den oben erwähnten
noch zu Worte kamen, sprach der Zentrumsmann Amuloh
schwach, wenn er auch nicht auf konservativ-nationalliberale
Niveau herabsinkt. Weit besser waren die Ausführungen des
Freilichselbst Zeiger, die sich entschieden über den hinfür-
tungen Durchschneit erhoben. Der Süniger charakterisierte
sichtlich scharf die schweren Unvollkommenheiten der Vorlage
und wies auf die wichtige Objektivität hin, die den letzten Berg-
arbeiterkongress zu einer so bedeutungsvollen Ausdehnung ge-
braucht hat. Was den Minister gegen die Bergarbeiter, Delbrück,
betrifft, so behauptet er, seit seinem Amtsantritt etwas hinzu-
gekommen zu haben. Das mag sein, da auch die kleinste Addition
ein Plus über Null ergibt. Im übrigen charakterisierte er
selbst in einem wahrheitsliebenden Jugenlicher die preussische
Regierung am allerhöchsten: „Sie ist unabhängig von nie-
mand“ man braucht nur bingunäufigen: unter den herrschenden
Klassen, und man beugt eine ausreichende Kennzeichnung
dieser Geschäftsführerin des vereinten Schlot und Kraus-
junkturismus.

Die Debatte wird am Mittwoch festgesetzt. An dem Ergebnis
des ersten Tages aber können die weiteren Tage nichts ändern.
Und das Ergebnis heißt: nur ein Reichsberggesetz nach Abhilfe
schaffen; alle Verläufe landesgesetzlicher Regelung sind von
vorneherein mit Erfolglosigkeit gefehlgelien.

Politische Uebersicht.

Halle, den 17. Februar 1909.

Aus dem Reichstage.

Während im Dreifaltigkeitshaus um einen großen Gegenstand der
Menschheit, um Leben und Gesundheit der Bergarbeiter gekämpft
wird, beidhäftigte sich der Reichstag in einer unproduktiven
Sitzung mit dem Etat des gänzlich macht- und einflusslosen
Reichseisenbahnamts. Herr Schulz, der weisbärtige Präsi-
dent dieses Amtes, hat vom Schorfsmacher wenig an sich, ist aber
genauer denn preussischen und sonstigen Breitenbächern zur völligen
Bedeutungslosigkeit verdammt. Das Reichseisenbahnamt ist seine
wirkliche Lebensruhmstadt, als welche sie in den 70er Jahren
gedacht wurde, sondern eine harmlose benutzende Stelle. Hätte
es etwas wie Macht und Einfluß, so wäre ihm Gelegenheit genug
geboten, allerdings Gutes zu stiften. Denn das Eisenbahnamt
liegt unter der Kontrolle der einflusslosen Massenvertretungen
sehr im Argen. Zur Beleuchtung speziell der preussischen Sozial-
und Verkehrspolitik im Eisenbahnen konnten die Herren
Sachle und Stolle getauete erdreichendes Material beibringen.
Die lebenswichtige Bundesfreundlichkeit des preussischen Eisen-
bahnpolitikarismus gegenüber Preussens wurde von den Genossen
Ulrich und Dr. David gebührend gekennzeichnet, was dem heissen
Lerobald Hepl zu Herrschens in eine formliche Enttäuschung führte.
Auch bürgerliche Abgeordnete, wie der Schwabe Storz und der
Vater Vöhrer, wußten vom Bruder Freus mancherlei Diebstahls
zu berichten, schmähden aber leider ihre Ausführungen ab, indem
sie untereinander eine freundschaftliche Kapselgerei aufstießen.
Daß die Junter der Medien dem preussischen Eisenbahnsystem zu
Hilfe eilen, braucht wohl kaum erwähnt zu werden.

Am Mittwoch liegen die in dieser Sitzung nicht zur Erledigung
gelangten kleinen Vorlagen auf der Tagesordnung.

Vom Steuerhacker.

Die Nachlasssteuer darf bekanntlich als gefallen gelten. Auch
im nationalliberalen Lager mehren sich die Stimmen, die eine
Nachlasssteuer „bedenklich finden“, und die „Kreuzzeitung“ kon-
statiert auch bereits den „erzürlichen“ Umkehrung, der in dieser
Sache bei der nat.-lib. Presse zu bemerken ist. Demgegenüber
scheint die Regierung das Spiel noch nicht für völlig verloren
zu halten. Die amtliche „Berliner Korrespondenz“ liefert er-
neut den ziffermäßigen Beweis dafür, daß nur die ganz
großen Kontrakte von dieser Steuer getroffen werden können.
Dann wird daran erinnert, daß bei Abschaffung der Nach-
lasssteuer in Preußen eine Vermögenssteuer notwendig sein würde,
daß der Kontrakt nicht so große Opfer aufweisen könnte,
daß die Veranlagung müßte schon bei 6000 Mk. erfolgen, nicht
erst bei 20 000 Mk., wie die Nachlasssteuer dies vorkert. Das
macht natürlich auf die Junter keinen Eindruck, denn gerade
die Junter wollen nicht zahlen.

Cin neues Steuerkompromiß? Der „Germania“ wird
geschrieben, daß ein Kompromiß auf folgender Grundlage zu
erwarten sei:

Die Nachlasssteuer und die Aushebung der Erbschaftsteuer
fällt. Dafür werden die Partikulärbeiträge auf
1.60 Mk. pro Kopf im Maximum festgesetzt. An Stelle der
Gas- und Velttritzsteuer tritt eine Kohlensteuer, pro
Tonne Steinkohle und Koks 25, pro Tonne Braunkohle 10 Pf.
Diese Steuer soll 60 Millionen Mark einbringen.
Statt der Weinsteuern soll die Parkettsteuer beibe-
halten werden. Statt der Inzeraten- und Klafaststeuer bleibt die
Zuckersteuer. Vier, Zokal und Vranntwein sollen 275
Millionen Mark bringen, und der Rest von 40 Millionen Mark
wird durch Erhöhung des Kaffeegolles von 40 auf 60 Pf.
pro 100 Kilogramm gedeckt.
Die besitzenden Klassen bleiben verschont.

Macht ist Recht.

Der Einführung von Schiffabtragsabgaben auf den
deutschen Strömen steht bekanntlich der Artikel 84 der Reichs-
verfassung entgegen. Die preussische Regierung
hat sich aber eine „Auslegung“ dieses Artikels „be-
sorgt“ und diese dem Bundesrat zugehen lassen. Wenn sich
dieser mit der Auslegung einverstanden erklärt und die Weh-
heit des Reichstages sich fügt, dann steht der Einführung der
Schiffabtragsabgaben kein Hindernis mehr im Wege, da ber-
eignit der Reichstag hat, auch das Recht freisetzt und dreht, bis
es seinen Zwecken passend erscheint. In Preußen ist bei den
Wahlbahren diese Praxis bekanntlich ganz offenkundig gang
und gäbe.

Die kleinen Eingekauften wissen ganz genau, was hier auf
dem Spiele steht. Die Handelskammer des Großherzogtums
Sachsen-Altenburg hat an das Gesamtministerium den
Antrag gestellt, den Vertreter im Bundesrat zu beauftragen,
wegen die von Preußen geplante Einführung von Abgaben für
die Binnenflößfahrt zu stimmen. Kommt Preußen mit diesem
Antrag durch, so würde es das Monopol auf den
Sachsenflößen bekommen, wie es bereits seit drei Jahren
ein Eisenbahnmonopol hat. An der Frage der Abgaben für
die Wehrflößen sind 39 Firmen aus dem Großherzogtum Al-
tenburg mit 31 133 Tonnen beteiligt. Die Abgaben hierfür müß-
ten, nach den Angaben der Handelskammer, 15 566 Mk. be-
tragen.

Unlauterliches vom „liberalen“ Vereinsgefetz.
Am 26. September vorigen Jahres sollte in Schönbörn bei Breslau eine Versammlung unter freiem Himmel stattfinden. Der Antivorträge der Junfer von Gossow verweigerte die Genehmigung mit der Begründung, daß in der dortigen Bevölkerung „gegen das Treiben der Sozialdemokratie“ eine „erbitterte Stimmung“ herrsche, und daß „er“ deshalb „Ausschreitungen“ befürchte.

Der Einberufer der Versammlung, Genosse Parteisekretär Schöln, klagte gegen Gossow im Verwaltungsstreitverfahren, und hat gestern Termin vor dem Kreisaußenrat stattgefunden. Es wurden eine Anzahl Knechte und Tagelöhner des Amtsvorstehers sowie Adressat und Aufsichtlicher als Zeugen vernommen. Die Befunden, daß sie auf die Sozialdemokratie „nicht gut zu sprechen“ seien. — Der Kreisaußenrat hat daraufhin für „erwiehen“ erachtet, daß im Dorfe Schönbörn gegen die Sozialdemokratie eine „erbitterte Stimmung“ herrsche, die Ausschreitungen „befürchten“ ließe, aus welchem Grunde die Angelegenheit abzuweisen sei.

Wird ungläublich! Weil die Aufsichtlicher und Adressat also gegen die Sozialdemokratie erbittert sind, und eventuell ihre Erbitterung durch Ausschreitungen Luft machen könnten, deshalb wird den — Sozialdemokraten das Versammlungrecht geraubt! Sollte diese ungeheuerliche Praxis die Regel werden, kann dann man jede Versammlung unterbinden, denn in jedem Orte gibt es Kapitalisten, die über die Sozialdemokraten „erbittert“ sind und sie am liebsten in gewaltthätiger Weise belästigen möchten.

Es wird immer schöner in Preußen!

Die thüringische Kleinrenterei.
Die sozialdemokratische Fraktion hat im Landtag des Fürstentums Aufschuß folgenden Antrag eingebracht:
Der Landtag wolle beschließen, die Staatsrenterei zu untersuchen, sich mit den Regierungen der thüringischen Staaten in Verbindung zu setzen, um einen Zusammenschluß der adäquaten thüringischen Staaten zu einem Staatenbund mit einheitlicher Verwaltung und Gesetzgebung, also mit nur einer Zentralverwaltung und mit einem Parlament zu erwirken.
Der Antrag entspricht einer Resolution, die auf einer Konferenz der sozialdemokratischen thüringischen Landtagsabgeordneten angenommen wurde, und wird deshalb auch in den anderen thüringischen Staaten gefordert werden.

Ein trauriger Fall von Ausweisung.
Wird aus Pöstenwalde an der Spree gemeldet. Dort war der schon ältere russische Staatsangehörige Feilenschtler Ignaz Feilenschtler in einer Dampfmaschinenfabrik beschäftigt, als er plötzlich von der Arbeitstätte weg verhaftet und nach Ausland abgehoben wurde. Man ließ ihm nicht einmal Zeit, seine Verhältnisse zu ordnen und von seiner Familie — einer Frau und zwei erwachsenen Töchtern — Abschied zu nehmen. Dabei hat man nicht einmal einen Anhaltspunkt dafür, warum eigentlich die Ausweisung erfolgte. Feilenschtler ist vor 22 Jahren nach Deutschland gekommen; seine Frau ist eine Deutsche. Inwieweit er sich der größten Beliebtheit, Er ist auch nicht durch gesellschaftliche und politische Betätigung hervorgetreten, so daß man tatsächlich in ihm nur wieder ein Opfer preussischer Ausweisungspolitik sehen muß.

Deutsches Reich.
— Die Reichsanstalt festete den Distanz auf 8 1/2 Prozent und den Bombardierungssatz auf 4 1/2 Prozent herab.
— Bahnerweiterung im Herzogtum Sachsen-Altenburg. Dem altenburgischen Landtage ist eine Novelle zur Abänderung

des Wahlrechts zugangan, die die Abgeordnetenzahl von 80 auf 82 erhöht. Es kommen zwei Wahlkreise der Höchstbesten zum Zug; dieser Wahlkreis verbleibt fünfzig nur noch 7 Bezirke. Dagegen erhalten die Handelskammer, Handwerkskammer, Landratsämterkammer und die fünfzig zu bildende Arbeiterkammer je einen Abgeordneten im Landtag.
— Gegen direkte Reichsteuern in jeder Form wendet sich neuerdings die „Kreuzzeitung“, nachdem sie vor einigen Tagen in einem Artikel den Standpunkt vertreten hatte, daß die Konserwativen einer Erhöhung der Erbschaftsteuer nicht abgeneigt gegenüberstehen. Das Blatt befürchtet, daß wenn erst einmal direkte Reichsteuern eingeführt sind (dabei ist die Reichsbesitzsteuer schon eine direkte Neb.), es auf dieser Bahn kein Halten mehr gibt und behauptet, daß das Ende vom Liede die „Konfiskation der Vermögen“ sei.

— Protest gegen die Erhöhung der Telephongebühren. Gegen die Verteuerung des Telephonverkehrs legt in der Berliner Geschäftswelt eine umfassende Protestbewegung ein. Wenn die Abicht wahr gemacht werden sollte, den Gebührentwurf gleichzeitig mit dem Postetat zu verhandeln, dann wäre eine gründliche Aussprache im Reichstage nicht möglich, weil die Verteuerung der Telephongebühren mit dem ganzen Haufen von Wünschen, Anträgen und Anregungen, die beim Postetat zu kommen pflegen, vermischt werden würde. Das ist aber für den gerade die Abicht des Staatsratsratsvertrages. Soll die Verteuerung eingehend behandelt werden, so ist ihre Lösung vom Postetat erforderlich.

— Gegen die StraßenDemonstrationen. Die parteiunabhängige „Konserwativer Korrespondenz“ verlangt die energische Unterdrückung aller nicht genehmigten Straßenansätze und wo solche genehmigt werden — eine strenge polizeiliche Kontrolle. Der Postetat wird ziemlich umhüllend der Verteuerung gemacht, daß sich ihre Wildheit nicht etwan habe, denn einige Demonstrationen hätten ungehindert 5 bis 9 Kilometer weit marschieren können. Das führt zu unbilligen Zuständen. Die „Konserwativer Korrespondenz“ überlegt dabei, daß die Polizei gar keine Zeit hätte, denn sie müßte „Unter den Tischen“ die Straße für den Königsinjektur fest halten. An „gutem Willen“ hat es der Berliner Polizei wirklich nicht gefehlt.

— Die nationalliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat folgenden Antrag eingebracht:
Die Regierung zu ersuchen, zur Hebung der jüngsten Hochmartertsachen, soweit sie nach der wirtschaftlichen Lage der Betroffenen von diesen nicht getragen werden können, Staatsmittel durch Gewährung von nicht rückzahlbaren Unterstützungen oder ginstigen Darlehen bereitzustellen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.
In Kriegsberichterstattung.
Wien, 16. Februar. Auf ungarischen Nachrichten wurde die Stärke des Offizierskorps und der Mannschaf der Coronamontiere auf Krisandien gebracht. In den nächsten Tagen werden auf Pola Offiziere und Matrosen erwartet. Die Montiere haben sich in Bereitschaft zu halten, da sie jederzeit binnen drei Stunden zur Abfahrt bereit sind.

England.
Edward Thronore.
London, 16. Febr. In der heute anläßlich der Parlamentsöffnung verlesenen Thronrede beprach Edward VII die Weisheit nach Berlin, welche bei ihm einen vorzüglichen Eindruck hinterließ. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England seien eine dringende Notwendigkeit für den Frieden. Auch die Beziehungen Englands zu den übrigen Mächten seien sehr befriedigend. Bezüglich Serbiens drückt die Thronrede die Notwendigkeit aus, daß dort eine Volksvertretung eingeführt werde, um den friedlichen Interessen eine genügende Sicherheit zu bieten. Die Thronrede kündigt ferner die Erneuerung der Schiedsverträge mit Frankreich, Italien und Spanien an und

bedeutet die Hoffnung aus, daß die Balkanmächte zu einer friedlichen Lösung gelangen werden. Die Thronrede geht absonderlich der Erdbebenkatastrophe in Italien, wobei das Gebiet Englands für Italien zum Ausdruck gelangt. Ferner kündigt die Thronrede einen Gebührentwurf betreffend Zinsens an und geht hierauf auf das Marinebudget ein. Dieses werde große Einprüche an die englischen Finanzen stellen.

Frankreich.
Ministeriumskongresse.
Paris, 16. Februar. Die Ministeriumskongresse zwischen dem Kabinettschef Clemenceau, dem Marine-Minister Biquart und dem Finanzminister Caillaux sind neuerdings wieder hervorgetreten. Caillaux will, wie es heißt, nur 120 Millionen für die Reorganisierung der Marine bewilligen, Biquart verlangt dagegen auf das formellste 200 Millionen Franz und erklärt, hierzu nicht abzuweichen zu können. Infolgedessen verlor er bereits gerichtlich, daß gegebenenfalls Caillaux zurücktreten wird. Diese Gerüchte sind jedoch ebenfalls noch verfrüht.

Belgien.
Die Jagd und Unschützen.
Gent, 16. Februar. Ein vier verhafteter Missetäter, der angeblich Schloß heißt und verurteilt wurde, wurde von der belgischen Polizei gefangen genommen. Es wird berichtet, daß auf die ihn begleitenden Polizisten mehrere Verwundungen auftraten. Ein Polizeikommissar und ein Kriminalbeamter wurden tödlich verletzt. In der Kammerung teilte der Justizminister mit, daß der Polizeikommissar Smet, welcher von dem getrennten verhafteten Terroristen niedergebunden wurde, seinen Verletzungen erliegen ist. Die Zahl der Opfer der Terroristen beträgt somit zwei.

Italien.
Die sozialdemokratische Wahlfraktion.
Rom, 16. Februar. Die Sozialisten kündigen an, daß sie bei den Wahlen diejenige Partei unterstützen werden, deren Programm sich dem ihrigen am meisten nähert. Das Programm der Sozialisten fordert u. a. die Abschaffung der Lebensmittelsteuer, Einführung der gleichen Zimmernachweis, verhältnismäßiger Vertretung, Einführung von Parlamentsentscheidungen und Einführung neuer Arbeitsgesetze. Ferner wird in dem Programm eine Steuerreform gefordert. Die Christlich-Sozialen kündigen an, daß sie die Sozialisten unterstützen werden.

Rußland.
Es reißt nicht ab!
Petersburg, 16. Febr. Geheimrat Baron Vittinghoff hat beim Senat eine Klage gegen den Direktor und Vize-Direktor der Eisenbahn-Abteilung im Finanzministerium erhoben. Er beschuldigt die beiden, wichtige Projekte, die er dem Departement eingereicht habe, unterschlagen und ihn Johann durch Unterstellung falscher Ziffern betrogen zu haben. Allem Anschein nach steht wieder ein sensationeller Korruptionsprozeß bevor.

Serbien.
Ein gescheiterter Sohn.
Paris, 16. Februar. „Leit Motoren“ berichtet aus Belgrad: Der Thronfolger Prinz Georg neulich wieder von einer sehr heftigen Krankheit erkrankt, dem König und dem Ministerpräsidenten des Königs habe seinem Sohne mehrere Verwundungen zu den Diplomaten streng unterlag. Der Prinz richtete an den Minister des Königs ein Schreiben, worin er erklärt, daß sein Vater ein gescheiterter Vorkämpfer sei und daß er die erbliche Dignität dem König zurückgibt. — Hoffentlich führt man dem Jüngling vorher noch rechtzeitig einen Schlag in seiner Jugendberufungsanstalt — wenn er nicht gar ins Jenseits geht.

Türkei.
Die neuen Wänner.
Konstantinopel, 16. Februar. Die neu ernannten Minister mit Ausnahme des Scheich ul Islam, des Finanzministers und des Ministers des Königs begaben sich gestern zum Sultan in den Palast und leisteten den Eid auf die Verfassung. Der

Haackel über Lamarck und Darwin.

Ernst Haackel, der erste und wirksamste Vorkämpfer des Darwinismus in Deutschland, ist am 17. Februar abends in der zu Darwin's Ehren veranstalteten Festsitzung im Zenoer Volkshaus eine Rede über Lamarck und Darwin. Die Rede bedeutet zugleich Haackel's Abschied vom öffentlichen Leben, da er seine Professorstelle niedergelegt hat und nun nicht mehr öffentlich hervortreten gedenkt. Als Begründung dieses hervorragenden Lehrers, Haackel's Abschied vom öffentlichen Leben, da er seine Professorstelle niedergelegt hat und nun nicht mehr öffentlich hervortreten gedenkt. Als Begründung dieses hervorragenden Lehrers, Haackel's Abschied vom öffentlichen Leben, da er seine Professorstelle niedergelegt hat und nun nicht mehr öffentlich hervortreten gedenkt.

„Das hohe Fest, das uns heute hier zusammenführt, wird in der Wissenschaft gleichzeitig an allen Orten in der gebildeten Welt gefeiert werden. In allen Teilen unserer Erde sind heute gelehrte Gesellschaften, Naturforscher und Darwinisten versammelt, um einmütig den 100jährigen Geburtstag Charles Darwin's zu feiern. Kein anderer großer Geist aus der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat so viel zur Aufklärung der Menschheit beigetragen wie Charles Darwin. Bis er im Jahre 1859 sein epochenmachendes Werk über die Entstehung der Arten“ erschienen ließ, hatte er bereits das 50. Lebensjahr überschritten. So reif war die Frucht seines klaren Denkens und Fortschritts, daß sie schon in kurzer Zeit ihren Einfluß zu äußern begann. Und doch war der Grundgedanke der Theorie von einer natürlichen Entwicklung aller Lebensformen keineswegs neu. Schon 50 Jahre früher hatte ihn Jean Lamarck in eine klare, wunderbare Form gegossen. Allein dieser klare Versuch war der Zeit viel zu sehr vorausgeeilt und wurde in den Kreisen der damaligen Naturforscher bald vergessen. Erst im Laufe der letzten 30 Jahre hat sich das Lamarck'sche Werk die verdiente Anerkennung erworben. Es hat sich sogar in neuester Zeit eine Extraktform des Lamarck'schen Gedankens, die den Darwinismus in den Sinnen drängen will. Unser Volk muß daher am heutigen Tage vor allem auf diese großen Führer achten sein. Worin besteht das große Reformwerk von Lamarck und Darwin und in welcher Richtung unterscheiden sich diese Geistesheben?

unterdrückt durch die Ausbreitung des Dualismus, der einerseits nach Plato gepredigt wurde, andererseits vom Christentum. Dieser Dualismus hat sich bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts erhalten. Die jetzt herrschende Anschauung trat zuerst Lamarck entgegen. Er schuf die Umwidmungstheorie. Als die wichtigsten Elemente dieses Umwidmungstheories nannte er die Anpassung und Vererbung. Lamarck nahm auch den Menschen von dieser Umwidmung nicht aus. Er erkannte die natürliche Einheit des großen Wirbeltierstammes und stellte auch die vier Klassen auf: Fische, Amphibien, Vögel und Säugetiere. Schon Lamarck hat die menschliche Umwidmungstheorie das höchste Säugetier geworden. Dieser Grundgedanke unserer modernen Entwicklungslehre warf die alte Schöpfungsgeschichte über den Haufen. Wir wurde aber von den herrschenden Autoritäten so energig entgegengetrieben, daß sie keine vollständig geregelten haben. Als 30 Jahre später Darwin in sie von neuem aufnahm, waren er auch von anderen Gesichtspunkten ausging, erkannte die ganze Abstammungslehre als neue Theorie und wurde zur Darwinismus genannt.

Der auffällige Gegensatz zwischen dem Mißerfolg von Lamarck und dem großen Erfolg von Darwin erklärt sich zunächst durch die planmäßigen Fortschritte, die die Naturwissenschaften gemacht hat, außerdem aber durch zahlreiche Entdeckungen auf dem Gebiete der Biologie. Außerdem füllte der Darwinismus viele Lücken aus, die Lamarck offen gelassen hatte. Darwin stellte die Selektionstheorie auf und löste das große Rätsel von der mechanischen Entstehung und der Zweckmäßigkeit der Organismen. Er erklärte die Frage, daß die Natur sich ohne Schöpfer selbst regeln könne. Sein Verdienst war es, daß er ein klares, einheitliches Weltbild aufstellte. Er gab uns die natürlichen Ursachen für die wunderbaren Erscheinungen des täglichen Lebens, er bewies die Allmacht der unbegreiflichen Naturgesetze gegenüber der alten mythischen Auffassung eines persönlichen Schöpfers. Was man in der Chronik und Geologie lang mühte, bewies er auch für die Naturwissenschaft. Lamarck und Darwin waren die besten Zeugen; durch die unmittelbare Anschauung der Natur selbst gelangten sie zu ihren Ansichten. Lamarck stellte zuerst den Unterschied zwischen den Wirbeltieren und den wirbellosen Tieren fest. Bei der Untersuchung der Laubtiere von Pflanzen und Tieren fand er, daß die Laubtiere sich selbst bilden. Er entdeckte auch die Stelle der alten Tier und kam zu dem Schluß, daß diese die Vorgänger der heutigen Organismen sein müssen. Er vermochte aber mit seiner Lehre nicht durchzubringen.

den heutigen Überformen. Er fand gewisse Ähnlichkeiten, deshalb legte er sich, daß die früheren Tiere mit den heutigen Insektenverwandten sein müßten. Trotzdem Darwin niemals Philosoph sein wollte, war er es vielmehr als alle, die sich in der Naturwissenschaft bewegen, daß er die Natur der Natur (auf dem Boden der Laubbäume) bleiben und nur das anerkennen, was er an tatsächlichen Beispielen beweisen konnte.

Das bedeutungsvolle Problem aber war für ihn die Entscheidung des Menschen. Schon Lamarck hat diese Frage zu beantworten versucht durch Übertragung der Abstammungslehre vom Tier auf den Menschen. Lamarck schätzte den menschlichen Vorfahren als Affen um. Er erklärte die Entstehung des Menschen, Darwin baute das weiter aus, aber er fürzte das allgemeine Vorurteil gegen die tierische Abstammung, obgleich er es zuerst nur andeutete. Diese Andeutung schien aber dem deutschen Lieberkehr so bedenklich, daß er sie überhaupt nicht erwähnen wollte. Er wollte eben G. H. R. (auf dem Boden der Laubbäume) aufgetreten waren, erschien 1871 Darwin's Werk über die Abstammung des Menschen und die geschlechtliche Zuchtwahl. Die hohe allgemeine Bedeutung dieses anthropologischen Wertes Darwin's liegt in der Darstellung der Entstehung der heutigen Formen aus anderen Formen. Die Seele ist ihm nicht ein übernatürliches Wesen, das im Körper wohnt und ihn dann verläßt, sondern sie ist die Summe der Gehirnanfänge. Im Mißverständnis über die vererbte Affenabstammung entgegenzutreten, möchte ich erklären: Es ist ganz sicher, daß auch die menschenähnlichsten Affen keine Vorfänger von Menschen sind.

Der wichtigste Punkt auf den es Darwin ankam, ist zweifellos die Frage, ob es sich um eine natürliche oder eine übernatürliche Entstehung handelt. Darwin hat viel merkwürdige Eigenschaften in ihrem Körperbau gemeint, daß niemand mehr an ihrer einheitlichen Abstammung zweifeln. Kein anderer als Goethe hat das schon erkannt. Es wurde lange gestritten, wie weit Goethe als Vorfänger Darwin's anzusehen sei. Aber wobei steht fest, daß die Formensysteme, wie sie Goethe schon vor 130 Jahren begründete, unmittelbar als Vorfänger der Lamarck'schen und Darwin'schen Lehre anzusehen ist. Goethe schließt auch den Menschen aus seiner Entwicklung nicht aus. Diese klare monistische Weltanschauung ist die Grundlage, auf der Goethe's herrliche Schöpfungen beruhen. Das ist dieselbe atheistische Religion, die in den Jahrhunderten Giordano Bruno in Italien und Spinoza in Holland gelehrt hatten und die in der Schweiz durch die Empirist ihre Begründung gefunden hat. Gemeinam sowohl bei Lamarck wie Darwin und Goethe ist ihr tiefgründiges Denken, ist das große einheitliche Entwicklungsgefes, das das Gedächtnis der Natur beherrscht und das den Menschen aus dem Tierreich nicht ausreißt. Durch die Anerkennung dieser Lehre finden wir jene kosmopolitische Perspektive, die unseren Geist über Zeit und Raum erhebt. Wir werden von den Zeitströmen und Vorurteilen der traditionellen dualistischen Weltanschauung befreit. Apertorius zerstreute den Aberglauben, daß die Erde der Mittelpunkt der Welt sei. Darwin zerstreute das Dogma, daß der Mensch der vorbestimmte Mittelpunkt des Erdensystems sei.

Um das Leben der Bergarbeiter!

Preussisches Dreiflassenlohn

32. Sitzung, Dienstag, den 16. Februar, vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die erste

Beratung der Novelle zum Vergesetz

in Verbindung mit der Beratung der folgenden Anträge.

Handelsminister Dr. Debes: Die Fragen, welche der Gehaltentwurf regeln will, beschäftigen die Bergverwaltung seit Jahrzehnten und sind jetzt so sprechend zu betonen. Den äußeren Anlaß zu ihrer Regelung hat das Unglück auf der Grube Knabob gegeben. An sich ist das, was über die Ursache des Unglücks von Knabob ermittelt ist und noch ermittelt wird, völlig irrelevant für die Beschäfte, die hier zu fassen sind. Der erste Teil des Gesetzes beabsichtigt eine anderweitige Regelung der bergpolizeilichen Verantwortlichkeit der Betriebsbeamten. Neben den Betriebsführern sollen auch verantwortlich gemacht werden die ihm nachgeordneten Beamten. Die neu geschaffene technische Deputation soll zu zwei Dritteln aus Interessenten bestehen, die von Arbeitgebern und Arbeitern gewählt und zu einem Drittel vom Minister ernannt werden. Die wichtige Frage ist die der Grubenkontrollen. Man hat mit vorgeschlagen, daß ich nicht noch vor drei Jahren gegen Arbeiterkontrollen ausgesprochen hätte, und hat mich gefragt, ob mir denn nicht das Unglück von Knabob so in die Glieder gefahren sei, daß ich meine Ansicht darüber geändert hätte. Demgegenüber muß ich feststellen, daß ich beim Eintritt meines Amtes jeder persönlichen Erfahrung entbehre. Nachdem ich dann selbst der Sache nachgegangen habe, habe ich festgestellt, daß die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern außerordentlich los geworden waren. Daher kam ich auf den Gedanken, zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Bergbesitz und Betriebsverwaltung Arbeiterkontrollen zu schaffen, und der Weg hat sich als gangbar erwiesen. Auf diesem Wege, bin ich überzeugt, wird es gelingen, bessere Beziehungen zwischen der Bergbesitzung und den Betriebsverwaltungen herbeizuführen und eine Abkehr unserer Arbeiter von der Sozialdemokratie zu erreichen, was alle Bemühungen der materiellen und sozialen Deutung der Bergarbeiter nicht vermocht haben. Alle diese Vorteile haben die Arbeiter angenommen als Folge der Sozialdemokratie, denn die Sozialdemokratie ist es, die alle ihre Forderungen vertritt. So ist ein großer Teil der Arbeiter zu Sozialdemokraten geworden, obwohl sie durchaus deutlich fühlen und treue Diener des Königs sind. Wir müssen versuchen, wieder um die Seele des einzelnen Mannes zu kämpfen, und das will ich durch die Neueinstellung erreichen. Sie wird natürlich nicht ausgenutzt werden können, dagegen sind die erforderlichen Mittel getroffen. Sie schließen mit der Annahme dieser Vorlage ein sozialpolitisches Werk, das mehr wiegen wird, als je manches unserer großen sozialpolitischen Gesetze. Die Neueinstellung wird uns in die Lage versetzen, wieder einen Weg zu finden zu der Seele eines großen Teiles des deutschen Volkes. (Bravo! recht! und bei den Nationalen.)

Abg. Weich (L. (son.)): Ich halte die Vorlage für einen Fortschritt. Von den Arbeiterausfällen verpöden wir und nicht allzuviel. Die Einführung von Arbeiterkontrollen halten wir für ein Experiment von großer Tragweite. Jedenfalls dürfen die Kontrollen nicht ohne Befestigung von Grubenbeamten einführen. Ich beantrage die Überweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Die Anträge auf reichsgesetzliche Regelung des Bergrechts liefern wir rüchden ab. (Bravo! recht!)

Abg. Ambusch (Cent.): Die abfällige Kritik der sozialdemokratischen Presse an dieser Vorlage ist unbedeutend, innerlich unwirksam und einmündig im Ton. Wir begrüßen das Gesetz als großen Fortschritt. In der Kommission werden wir versuchen, es noch zu verbessern. Daß eine größere Sicherheit im Bergwerkbetriebe notwendig ist, beweist die Tatsache, daß in den Jahren 1885-1907 23 870 Vergleute tödlich verunglückt sind. (Hört, hört!) Es sollten auch unvorhergesehene Revisionsfälle eingeführt werden. Daß der Arbeiterkontrollen nur in Begleitung eines Grubenbeamten einführt, halten wir nicht für notwendig, wegen die politische Stellung von Grubenbeamten sind die Arbeiter selbst, wie ich verifizieren kann.

Es kommt immer wieder vor, daß Arbeiter, welche Grubenbeamten Mitteilung über Missetaten machen, gemahngelt werden. (Hört, hört!) Verdächtig ist, daß die Schatzmacher im Ausbrotter für die sozialdemokratische Forderung der Arbeiterkontrollen eintreten. (Hört, hört!)

Abg. Linnert (Soz.): Der vorliegende Gesetzesentwurf befreit die beteiligten Kreise nicht. Der Entwurf ist nach dem Wort gemacht: „Bald mir den Berg, aber nach mich nicht nach.“ (Sehr richtig! b. d. Soz.) Was die Aufsichtsberechtigten anlangt, so muß geprüft werden, ob der Geschäftsbereich, der einer Person übertragen wird, nicht zu groß wird, so daß sie überhaupt nicht in der Lage ist, die Verantwortlichkeit zu tragen. Wir begrüßen die Verantwortlichkeit der bis jetzt Nichtverantwortlichen. Aber diese Bestimmungen werden nur dann von praktischem Werte sein, wenn ein Unglück eingetreten ist. Deshalb wäre zu bestimmen, daß die Beauftragten nicht verpflichtet sind, die Anordnungen auszuführen, die gegen gefahrdrohende Zustände der Bergpolizei verhängen. Dann ist jede Möglichkeit ausgeschlossen, daß die unteren Beamten erklären, sie müßten infolge der wirtschaftlichen Abhängigkeit solche unmöglichen Anordnungen ausführen. Die Vorlage hat bei einem Teil der Unternehmer Entsetzen, bei den Bergarbeitern Enttäuschung hervorgerufen. Die Arbeiter verlangen jetzt fangen fangen Arbeiterkontrollen.

Jetzt sollen sie sogenannte „Sicherheitsmänner“ erhalten, die von der Bergverwaltung bereits den Namen Unsicherheitsmänner bekommen haben. Es ist unerfindlich, warum diese berechtigten Forderungen der Arbeiter auch heute, nach all den Unglücksfällen, durch die Vorlage absolut noch nicht erfüllt werden. Es handelt sich doch lediglich darum, Schutz für Leben und Gesundheit der Vergleute zu schaffen, und um nichts weiter. Die Vergleute wollen selber kontrollieren, ob alles gut geht, damit sie ohne Gefahr in der Grube arbeiten können. Sie wollen, daß die Missetaten, die sie finden, abgestellt werden. Denn ihre Gesundheit, ihre Familie, ihre Lebensfreude ist es, um die es sich hier handelt, und nicht die Gewinne der Kapitalisten kommen in Betracht. Ich beantrage nicht, wie man die berechtigten Forderungen der Arbeiter ablehnen kann, denn einer Ablehnung kommt die Vorlage gleich. Ein Unterschied in der Verteilung dieser Frage besteht bei den Bergarbeitern überhaupt nicht. Sie erheben allgemein dieselben Forderungen angesichts der fortgesetzten Unfälle.

Das Alter der Bergarbeiter ist zurückgegangen, das hat der Handelsminister selbst festgestellt. Nach seinen Ziffern ist das Lebensalter der Vergleute zurückgegangen beim Bochumer Knappheitsverein seit dem Jahre 1891-1908 um 7,4 Jahre von 49,1 auf 41,7 Jahre. (Hört, hört!) beim Saarbrücker Knappheitsverein von 51,2 auf 44,5 Jahre. Nach diesen Feststellungen kann man unbedingt sagen, bezügliche Zeitfragen, die weiter auch schon in den Unfallziffern zum Ausdruck kommen, ergeben mit Recht die Befürchtung der im Vergleute beschäftigten Arbeiter. In Belgien entfielen auf je 10 000 Vergleute an tödlichen Unfällen 1888-1890 17,8; 1901-1905 nur noch 10,4. In Frankreich von 1888-1890 21,1; 1901-1905 nur noch 10,9. An Großbritannien kamen tödliche Unfälle vor von 1888 bis 1900 18,3; 1901-1905 nur noch 18. In Preußen aber kamen in dem Zeitraum von 1888-1890 26,4 tödliche Unfälle auf 10 000 Vergleute, und 1901-1905 waren es 19,8. (Hört, hört!) Angesichts solcher Zahlen sollten Sie doch den Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiter aufheben, und auch angesichts der Feststellungen der Unfälle selbst. 1898 war der Anteil der Arbeiter an der Schuld bei den Unfällen 46 Prozent, 1907 nur noch 31,4 Prozent. Die Schuld der Arbeiter ist also erheblich zurückgegangen. Die Gefährlichkeit der Betriebe stieg von 63 auf 68 Prozent. (Hört, hört!) Dazu kommt, daß jetzt im Bergwerkbetriebe eine große Anzahl Arbeiter zur Abhilfe beschäftigt wird, viele Arbeiter werden aus anderen Gegenden herangezogen, die vom Vergleute keine Ahnung haben und die Vertriebsunfälle erhöhen. Auch die Krankeistände haben eine fortgesetzte Steigerung erfahren. Im Jahre 1887 betragen sie 6,57; im Jahre 1891 6,73; 1896 7,02; 1901 8,47 und 1906 9,71. Sie sind also um nahezu 50 Prozent gestiegen. Auch die Krankeistände selbst sind gestiegen. Das alles wissen die Arbeiter, sie lesen es, sie hören es an eigenen Leibe, und wenn sie auf Abhilfe drängen, sollte es dankbar anerkannt werden.

daß sie selbst Vorschläge zur Erhöhung der Sicherheit in den Betrieben bringen. Statt dieser Anerkennung erfahren sie aber Ablehnung ihrer Wünsche.

Die Arbeiter wissen genau, wie der staatliche Aufsichtsbereame heute in der Grube betrogen wird und sie haben gegen die staatlichen Beamten das allerbeste Mißtrauen. Sie wissen, daß diese Beamten gar nicht unabhängig sein können. Die staatliche Aufsicht ist vollkommen unzulänglich. An gefährliche Betriebsstellen werden die Beamten überhaupt nicht geschickt, die Stellen werden ungenutzt gelassen. Das sehen und wissen doch die Bergarbeiter, noch das Bedrückte ist, auch außerordentlich mächtig gegenüber der Regierung und der Bergaufsicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wollten sie es melden, so würden sie ohne weiteres

aus dem Betriebe hinausfliegen.

Dann kommen sie auf die staatsanwaltschaftlich geschulten schwarzen Listen und können verurteilt. Um Vergewaltigungen besteht befandlich die brutale rücksichtslose Kapitalistenwirtschaft. Dieser Kapitalistenknecht ist nicht nur mächtig gegenüber den Arbeitern, sondern noch das Bedrückte ist, auch außerordentlich mächtig gegenüber der Regierung und der Bergaufsicht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dieser fürchterliche Druck der Bergarbeiter äußerte sich auch in der Gesetzgebung darin, daß man im Jahre 1906 in dem Gesetze nach dem großen Streit die Arbeiter so behandeln behandelt hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Beamten, die ihr Amt ernst nehmen, haben die Arbeiter dringend angefordert, doch ja nicht mit ihren Forderungen nachzulassen und bei der Befragung durch den Bergminister nicht zu sagen; sie selbst könnten es nicht wagen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Bergminister könnte ja, wenn er wollte, aus der Konferenz Einzelheiten erzählen, wie die Kapitalisten mit ihm umgingen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Soll ich darauf hinweisen, wie es dem Minister von Hammerstein gegangen ist, als er aus Anlaß des Streiks in das Ausbrotter kam! Diese Regierung über der Regierung muß unbedingt eingedämmt werden.

Die Forderung der Bergarbeiter ist keine preussische, sondern eine allgemeine von den Bergarbeitern der ganzen Welt. Der internationale Bergarbeiterkongress in Paris hat noch im vorigen Jahre folgende Resolution beschlossen: Die großen Grubenkatastrophen der letzten Jahre haben wieder die großen Mängel der Grubenkontrolle bewiesen. Nur in der Anstellung von Grubenkontrollen aus den Reihen der praktischen Bergarbeiter ist eine wirksame Reform der Bergpolizei zu erreichen. Diese Anstellungen müssen von Arbeitern gewählt, aus Staatsmitteln besoldet werden und das Recht haben, so oft sie wollen und die Arbeiter es verlangen, die Betriebe zu inspektionieren. Auch aus dem Bergarbeiterkongress in Berlin waren sich die Arbeiter völlig einig, es wurde eine reichsgesetzliche Regelung gefordert, wodurch die volle Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Arbeiterkontrollen gesichert werde. Es heißt in der Resolution: „Um die Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und ständige Aufsicht zu ermöglichen, ist es nötig, daß die Kontrollen nicht in Arbeitsverhältnis zu der Grube stehen, und daß sie von den Arbeitern in geheimer und direkter Wahl gewählt werden, sowie daß sie allein zu jeder Zeit die Grube betreten können. Man behauptet, es handle sich um die Forderung

„sozialdemokratischer Arbeiterkontrollen“.

die sozialdemokratische Agitation betreiben sollen. Davon ist keine Rede. Würde diese Behauptung außerhalb des Lauskes aufgestellt, so müßte ich sie als bewährte Verdröhung der Wahrheit bezeichnen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In der Vorlage lautet die Resolution auch nicht ein Wort darüber, warum sie denn eigentlich nicht die Forderung der Bergarbeiter erfüllen will. Es ist das eine frowernde Verhöhnung der Arbeiterwünsche. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Forderungen der Arbeiterwünsche, die Regierung nicht zu übergehen, sondern würde sie erfüllen. Wenn man die Kontrolle durch Arbeiter als unbedingt notwendig anerkennt, warum zieht man sich dann, fortgesetzt die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Sie kommen ja doch nicht um diese Erfüllung herum. Nur werden sich die Arbeiter sagen, es muß

Nussbaums
diesmalige **90 Pfg.-Woche**
ist der
Gipfel
aller bisherigen Leistungen.
Trotz ganz enormer Nachfrage
nach den **weit unter Preis** herangebrachten
90 Pfennig-Artikeln
sind wir durch **tägliche Neuauslagen** und Heranziehung unserer
sämtlichen ausüblichen Reserven in der Lage, bis **Sonnabend**
abend unserer Kundschafft **vorteilhafte Einkaufs-Gelogenheit**
zu bieten.



Hamburger Engros-Lager
Leopold Nussbaum
G. m. b. H.
Halle a. S.,
Gr. Ulrichstrasse
60/61.

wieder ein großes Missverständnis passieren, ehe man ihnen Vorbringen entgegenkommt. Der Landesminister hat selbst gesagt, daß der andere Antrag zu diesem Gesetz das Unglück in Madag gegeben hat. Zur Verbesserung dieses Gesetzes würde dann wohl wieder einmal der äußere Anlaß ein solches Unglück sein müssen. Dadurch erbittern Sie ja nur die Bergleute und zwingen sie dazu, sich ihr Recht selber zu erkämpfen auf eine Weise, die ihnen dann jedenfalls sehr unangenehm sein wird.

Die Begründung der Vorlage bedeutet eine einzige Anklage gegen die Regierung, sie beneide, daß man seit den 70er Jahren nichts getan hat, um der zunehmenden Entwertung der bürgerlichen Verhältnisse entsprechend der jähenigen Gefahrenvermehrung entgegenzutreten. Wie ist es mit den Arbeitern, die auf die letzten Jahre zurückzuführen sind, die die Arbeit nicht machen und nicht gehen dürfen? Mit welchem Recht gibt man den Bergwerksbesitzern das Recht, die Minderheit der Bergarbeiterauszubildigen zu ernennen? Wozu sollen ja die Bergarbeiter acht Vertreter, und die Bergwerksbesitzer sieben Vertreter wählen können? Kennen Sie das etwa einen Bergarbeiterauszubildigen? (Sehr wahr! h. d. Soz.) Streichen Sie doch solche Bestimmungen, solche Machtbefugnisse, die hier gar nicht am Platze sind. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Der Ausschuss hat doch nicht das Interesse der Arbeiter, sondern der Arbeitgeber zu vertreten. (Sehr richtig!) Das Gesetz wird zur Folge haben, daß die Arbeiterauszubildigen schieflich nur aus Sicherheitsmanuskripten herauskommen. Die Vorlage ist eine Verbesserung des Arbeiterauszubildigen.

fordern eine Verlebensrechnung.

denn dann müssen ja die Bergarbeiter von vornherein nur Sicherheitsmänner in den Ausschuss wählen. Diese Bestimmungen, die darauf hinauslaufen, die Rechte des Arbeiterauszubildigen zu beschränken, müssen wir unbedingt ablehnen. Es ist schon darauf hingewiesen, daß die Arbeiter selbst hätten, im Ausschuss werden in die Ausschüsse die größten Minderheiten gewählt. Warum werden nicht auch die Arbeiter in den Ausschuss? Wenn das richtig ist, beweist es doch, daß die ganze Einrichtung für die Lage ist. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Nach der Vorlage sollen die Sicherheitsmänner, wenn sie die Gründe im Monat mehr als einmal befragen wollen, die Gründe dafür der Verwaltungsbüro mitteilen und durch weitere Befragungen in der Verwaltungsbüro mitteilen. Das ist doch eigentlich eine nochmalige Befragung vollkommen ausgeschlossen ist. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Wie soll der Arbeiterauszubildigen zusammenberufen werden? Er könnte doch bloß zusammenberufen werden, wenn er einen vom Ausschuss bestimmten Vorstehenden hat. Soll etwa die Einberufung durch den Direktor geschehen? (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Die ständigen Vertreter der Sicherheitsmänner sollen nur hinterfragen in Beziehung eines Aufsichtsberechtigten? Die Vorlage begründet das damit, daß die Sicherheitsbeamten nicht in Gefahr kommen sollten. Diese Sorge ist überflüssig. Da müssen ja die Einleiter auch Gefahr laufen! Wozu also diese Befragung? Das Wichtigste für die Staatsverwaltung ist offenbar, daß in der Verwaltungsbüro die Befragungen doch nämlich den Werkbesitzern das Recht zugehört werden müssen, darüber zu machen, daß der Sicherheitsmann sich innerhalb seiner Befugnisse halte. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Da kommt die Sorge für den Werkbesitzer zum Ausdruck, die Sorge für den Arbeiter ist viel geringer. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Die Befragungen sollen übermäßig die Arbeiter aber nicht. Man kann sich nicht vorstellen, daß die Arbeiter nicht wissen, daß man hier mit erheblichen Kosten an die ganze Gefährdungsmaterie herantreten sei. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Nach der Begründung soll der Sicherheitsmann die Arbeiter befragen können. Warum schreibt man das nur in die Begründung, nicht in das Gesetz? Weil man das nicht rechtlich festlegen kann, sondern der Überwachungsbehörde. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Der Sicherheitsmann soll nicht befragen, über Lohnforderungen zu stellen. Ware es nicht sehr nötig, daß der Sicherheitsmann, wenn er einmal geht, daß Maulkorb gegeben wird, fragen kann: Wieviel Lohn bekommt Ihr? Auf diese Weise kann er doch die Ursachen für die Gefahr am besten kennen. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Wenn man ihm verbietet, über Lohnforderungen zu sprechen, dann muß ihm doch auch verboten werden, über Arbeitervereine und Dinge auszusprechen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Die Bestimmungen, welche zur Sicherung der Sicherheitsmänner wegen Entlassung getroffen sind, reichen nicht aus. Der

Willehrl der Unternehmer

ist keine Schranke gesetzt. Die Unternehmer können den Sicherheitsmann in ein Amt ernennen, welches über die Zustimmung der Wähler. Der Sicherheitsmann kann nicht ernannt werden. Er hat nach dem darüber beraten, ob er mit Recht oder Unrecht entlassen ist. Wenn ein solcher Sicherheitsmann nun in eine Verlesung der Bergarbeiter geht und auffordert, alle Mitglieder bekannt zu geben, und eine nochmalige Befragung zu verlangen, soll dann der Bergwerksbesitzer fragen können, der Sicherheitsmann habe keine Zeitigen zu Interessen, „Mißbrauch“, die mit seinem Arbeitspreis nicht in Zusammenhang stehen? Es braucht ja gar nicht einmal ein sozialdemokratischer Sicherheitsmann zu sein — die christlichen Gewerkschaften sind ja bei den Unternehmern ebensowenig geschützt, wie die sozialdemokratischen und polnischen. Der Sicherheitsmann muß unfähig sein, darf nicht entlassen werden von demjenigen, der ihn gewählt hat. Wenn man ihm verbietet, wenn er das Vertrauen seiner Wähler nicht verloren hat. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Dagegen müßte der Sicherheitsmann entlassen werden, der nicht mehr das Vertrauen der Arbeiter besitzt. Es muß unbedingt auch bekannt werden, daß der Staat die Sicherheitsmänner beglücke. Ganz unfähig ist die Bestimmungen, die die Wähler nicht ernennen können, der Arbeiterbesitzer gestellt ist. Das läuft darauf hinaus, daß nur alle fünf Jahre gewählt wird. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Es muß immer eine Strafe festgesetzt werden für den, der den Sicherheitsmann hindert, seine Wahrnehmungen in vollem Umfang einzutragen. Bei dem Prozeß des Bergarbeiters Dillger gegen den Bergarbeiter Kramer haben wir gesehen, daß der Bergarbeiter freigelegt hat. Das kommt nicht hinein! (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Für den Arbeiterauszubildigen hat das natürlich keine große Bedeutung, wohl aber für den Arbeiter. Die Arbeiter müssen verlangen, daß das Recht offen liegt. Im Frankreich ist das schon seit 1898 Gesetz. Das konnte Deutschland 1900 doch noch ausführen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Die Bergarbeiter selbst müssen sich doch nur überlegen können, ob der Sicherheitsmann die Mitglieder, die er sehen mußte, eingetragen hat.

Ich komme zu den politischen Momenten! Die Arbeiter haben nie daran gedacht, diese Angelegenheit politisch auszusprechen. Die Bergarbeiter aller Richtungen sind in der Frage der Arbeiterkontrolle einig. Die politische Frage ist hier im Hause aufgeworfen. Ich will auch der Frage gleich die Schelle umhängen! Wenn Sie „politisch“ sagen, dann meinen Sie „sozialdemokratisch“. Das ist nur ein Wopanz, der aufgestellt wird. Nur politische Kräfte können annehmen, daß die Sozialdemokraten die Initiative der Arbeiterkontrolle für sich beanspruchen können. Die Initiative der Bergarbeiter liefert uns viel bessere Waffen. Wenn Sie nicht politisch betrachten, so werden Sie immer den Kürzeren ziehen! (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Nach den Ausführungen des Ministers schien es mir aber, als ob er sich die Einrichtung als ein Mittel gegen die Sozialdemokratie gedacht hat. Das beschränkt doch die Summen nicht vorhanden ist. Nicht ist es also der Grund für die Vorlage, sondern die Arbeit der Sozialdemokratie. Sagen Sie doch öffentlich, daß Sie Leben und Gesundheit der Arbeiter nicht wirklich schützen wollen, weil diese Sozialdemokraten sind. (Widerspruch schreit.) Ich muß meine Verantwortung über die Haltung des Reichstags ausprechen. (Erst.) Die ständige der Siebener-Kommission, das am 29. November in Hannover gefaßt, wenn die Forderungen der Arbeiterchaft getätigt würden, würde sich

ein Kampf abspielen,

wie ihn die Welt noch nicht gesehen habe, wenn auch das Erwerbslossein der Nation nach dem Jahrzehnte zurückgeworfen werde. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Dieses Haus hat alle Ursache, sich das Verhalten der Bergleute zu erwerben. Ein christlicher Arbeitersekretär hat erklärt: Der Bergarbeiter, der vom preussischen Landtag noch etwas erwartet, ist unrettbar verloren. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wollen Sie den Bergarbeitern der Arbeiter gerecht werden, dann sind wir zur Mitarbeit durchaus bereit. Wir werden aber nicht stehen bleiben bei dem, was die Regierung hier vorbringt. Wir müssen uns auch beschäftigen mit der Ausdehnung der Schichtzeit, mit dem sanitären Arbeitszustand usw. Es wäre für dieses Haus eine Meinigkeit, die Regierung zu drängen, den Forderungen der Arbeiter nachzukommen. Es braucht noch nicht einmal so aufzutreten, wie die Bergarbeiter der Regierung gegenüberzutreten. Wollen Sie die Regierung nicht dazu zwingen, so überlassen Sie dem Reich die Gelegenheit auf diesem Gebiet. Dann wird die Bergarbeiterchaft bereit ansetzen, weil sie die Sicherheit hat, daß sie einmütlich kann auf die Ausdehnung des Gebietes durch den Einmütigkeit bei der Reichstagsarbeit. — Der Wort sind genug gewechselt. Das Abgeordnetenhaus wurde Harde besessen. Das Leben von mehr als einer halben Million Bergleute steht auf dem Spiel. Wer Wind läßt, wird Sturm ernten. Erfüllen Sie die Forderungen der Bergleute nicht, dann wird der Sturm losbrechen. Der christliche Arbeitersekretär ankündigte. (Unruhe rechts. Bravo! h. d. Soz.)

Soziales.

Eine Gemeinheitsdienstleistung von großer Tragweite
fällt das Gemeinrecht Milhaufen e. C. Ende veranlagter Wöhe. Es verurteilt auf die Klage einiger Arbeiter die Maschinenbauwerkstätte Ducommun (Mittels-Gesellschaft) zur Zahlung des Lohnes für 4 Arbeitstage zwischen Weihnachten und Neujahr, an denen die Firma die Fabrik geschlossen hatte, ohne daß sie dies rechtzeitig bei der vorletzigen Lohnzahlung dem Personal angekündigt hätte.

Wenn, wie dies vorausichtlich geschieht, nun das ganze Personal den ihm zühenden Lohn fordert, so bedeutet dies für die Firma eine Ausgabe von rund 5000 Mark.

Die Entschädigung erfolgt nach Erfüllung eines Sachverständigen-gutachtens, durch welches der Einwand der Firma, daß die Reparatur der drei Dampfmaschinen im Betriebe die Arbeitseinstellung plötzlich nötig gemacht habe, widerlegt wurde. Nach dem Gutachten erforderliche die Reparatur höchstens zwei Tage. Die Firma hatte den Betrieb aber gleich für sechs Tage still gelegt, — für die überschüssigen vier Tage mußte sie jetzt Lohn zahlen. Vor einigen Jahren fällt das Gemeinrecht gegen eine Spinnerin in Milhaufen eine ganz ähnliche Entscheidung, was dieser Firma ebenfalls eine hohe Ausgabe verurteilte, ohne daß „die Herren im Hause“ davon getobt hätten.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 17. Februar 1909.

Aus dem Partei-Sekretariat.

Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins für Halle werden ersucht, sich am Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in den bekannten Bezirkslokalen einzufinden. Da eine Reihe von Vereinsmitgliedern ihrer Erledigung bedarf, werden die Mitglieder ersucht, sich vollständig in ihren Vorkäfen einzufinden.

Da an diesem Abend das Vokal für den 7. Bezirk nicht frei ist, werden die Mitglieder dieses Bezirks ersucht, sich am Freitag, den 19. Februar, in das Vokal von Walter, Fährstraße 28, einzufinden. — Die Mitglieder des 19. Bezirks wollen sich am Sonntag, den 21. Februar, früh 1/2 10 Uhr, im Lindenhof-Sträßchen ver sammeln.

Die sozialdemokratischen Frauen

halten heute abend 8 1/2 Uhr im „Volkspark“ ihre Mitglieder-Verammlung ab. Die Tagesordnung umschließt einen Vortrag des Genossen Paul Hennig, Redakteur des Volksblattes über „Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung“ und Beförderung über Vereinsangelegenheiten. Wir sprechen die Erwartung aus, daß sich die weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins ausnahmslos einfinden werden. Gäste werden willkommen geheißen.

Zur Stadtorbenermontage

schreibt uns Genosse Ad. Thiele:
Es hätte immerhin nicht geschadet, wenn im Bericht über die Ausführungen des Herrn Kühme wiedergegeben worden wären, die darin gipfelten, daß wir sozialdemokratischen Stadtorbenern nicht zum Zwecke der Abstellung von Mißständen unsere Kritik üben, sondern um bei unseren Gegnern Furcht zu erregen und sie dadurch von der Befreiung ihrer Überzeugung abzuhalten. Zum Schluß meinte Herr Kühme, von nun ab würden er und seine Gefolgsmänner seinen Wert mehr legen auf das, was von unserer Seite und feststell von mir vorgebracht werden würde.

Herr Kühme gleicht dem Geiste, den er befreit. Es wäre deshalb unbillig, bei ihm ein Verständnis für Motive des Handelns zu erwarten, die seiner Natur und seinem — sagen wir: mehr auf „Wirtschaftlich“ gerichteten Charakter weitestens liegen müssen. Dagegen ist es durchaus zu verstehen, daß er, der in den drei Jahren seiner Tätigkeit als Stadtorbener, wie auch früher als konservativ-antidemokratischer Reichstagskandidat für Halle so oft eine vernünftige Kritik von sozialdemokratischer Seite hat über sich ergehen lassen müssen, die ihm nunmehr schmerzliche Gelegenheiten erweist, um seiner Zeit langem aufgeschobenen Willen nun gegen unsere Partei Ausdruck zu geben. Dieses Recht auf Entpannung der letzten Dämpfe darf ihm schon aus Rücksicht auf die nicht verkommen werden. Nur tritt Herr Kühme in der Annahme, es ist höher Wert auf sein Urteil gelegt worden. Seine Ankündigung, von nun ab sei ihm gleichgültig, was meine Parteigenossen und ich vorbrächten, kann wirklich nur jene gemüthliche Stimmung erregen, die sich nicht ganz bedt mit Hochachtung vor dem, der so etwas sagt.

Doch genug von Herrn Kühme. Ein Wort dagegen mag noch über das Auftreten des Oberbürgermeisters Dr. Rive gesagt sein. Herr Dr. Rive sprach von einer gründlichen, eingehenden Untersuchung des Falles, als deren Ergebnis er die vollständige Rechtfertigung der Lehrerin befaßt hat. Worin hat aber diese gründliche und eingehende Untersuchung bestanden? Meines Wissens nur in der Befragung der Lehrerin selbst. Und wie die Auslagen der Dame gemindert worden sind, ging am besten hervor aus der Behauptung, der Kalender sei dem Kinde zum Austausch oder Ausmalen der darin enthaltenen Bilder gegeben worden. Herr Dr. Rive hat diese Behauptung gläubig angenommen und mir arg verurteilt, daß ich mich nicht gleichfalls dadurch habe überzeugen lassen. Wie Herr Dr. Rive vorher bei Befragung des Polizeikommissars meine Ausführungen für nicht und schließlich hielt, weil die Prozesse wegen der falsch umgehängten Dienstmansche und wegen des Nachhens Friedemitt in der Tat recht kleine und kleinliche Sachen betrafen, so mag er auch

das Verhalten der Lehrerin an der Kleinheit des geforderten Objekts, nicht an der von ihm selbst zugehenden Tatsache, daß die Lehrerin davon unterrichtet gewesen ist, daß der Vater des Kindes Sozialdemokrat ist und durch die Gabe sich verurteilt hätte müßte. Doch darüber und über einige andere Fragen würde noch zu reden sein. Für heute nur noch folgendes: Als ich Herr Dr. Rive am Montag an seine Wohnung während des Maurerstreiks von 1907 erinnerte, streifende Maurer hätten Gefährliche gerichtet, so daß die arbeitende Maurer in Lebensgefahr gebracht worden seien, und als ich konstatierte, Herr Dr. Rive habe die schwer verdächtige Behauptung dieser noch nicht widerlegt, antwortete er gemächlich, er könne sich nicht mehr entsinnen, was er damals gesagt habe.

Er fand aber nicht den „moralischen Mut“, dessen Geben er mir soeben fälschlich zum Vorwurf gemacht hatte, zu erklären, er widerrief jene Behauptung, da er sie nicht beweisen könne. Ich meine, Herr Dr. Rive sollte die Gleichgültigkeit lieber fälschlich nicht entgegnen. Er hat nicht widerlegen, weil er noch nicht überzeugt ist, daß er damals im Unrecht war. Und ich habe nicht widerlegen, weil ich eben auch nicht überzeugt worden bin, daß mein Urteil über das Verhalten der Lehrerin falsch gewesen ist.

Nachschrift der Redaktion. Wir geben den Ausführungen des Genossen Thiele um so lieber Raum, weil sie zum Teil das von uns getern Gefasste unterfragen und der Erörterung über die Kampfsache des Herrn Dr. Rive einige neue Gesichtspunkte eröffnen. Unsere Meinung über die Belanglosigkeit der Ausführungen des Herrn Kühme wie seiner Verlon bleibt natürlich unverändert. Man wird es verstehen, wenn wir uns in der Erwähnung derartiger Leute auf das Allernotwendigste beschränken.

Genosse Stadtb. Osterburg ersucht uns darauf hinzuweisen, daß in der bürgerlichen Presse keine Ausführungen in bezug auf die wiederholte Ausweisung von Frauen und Mädchen mit Kindern, wagen und barfüßigen Kindern aus häßlichen Anlagen insofern falsch wiedergegeben worden sind, als es sich nicht, wie dort mitgeteilt, um den Bürgerpark, sondern um den Amtsgarten handelt.

Beiliegend nimmt auch Herr Oberbürgermeister Dr. Rive, der von dieser Sache wie von vielen anderen nichts weiß, hiervon Kenntnis.

Sprechstunde für Eltern.

Wir weisen nochmals auf die am Donnerstag, den 18. d. M., nachmittags von 5—7 Uhr stattfindende Sprechstunde für Eltern hin. Jeder für die Berufsamt in Betracht kommenden erforderlichen Erörterung, über gesundheitlichen Nachteile oder Vorteile gewisser Berufe werden der Stadtb. bezw. Stadtb. in ihrer Geschäftsstunde nachausser. 4. II (Einigung) Kl. Steinstraße) Auskunft erteilen; ebenfalls werden auch schulpflichtige schwächliche Kinder auf etwaige Zurückstellung vom Unterricht untert. — Ueber alle wirtschaftlichen Fragen bezugl. der Berufsamt wird Herr Dr. Wolff, Jagenteich 2, (Städtisches Städtisches Amt) Auskunft erteilen.

Es ist für das spätere Fortkommen der zur Entlassung kommenden Anstaltlichen von größter Wichtigkeit, zu wissen, ob sie selbst für die Beschäftigung geeignet sind, und ob der fälschliche Beruf für sie zuwenden wollen, und ob der fälschliche Beruf für sie zuwenden wollen. Alle nötigen Nachfragen werden von den oben erwähnten fälschlichen Beamten ungenötigt erteilt.

Oberbürgermeister a. D. Staude †.

Nach einer vor wenigen Tagen vollzogenen Operation ist der Oberbürgermeister Geheimrat Regierungsrat Gustav Staude am Montag abend im Elisabethenkrankenhaus gestorben. Staude war am 28. Juni 1843 in Werdau an der Elbe geboren. Er heirathete 1869 bis 1883 als Königl. Ratskammersekretär zu Nürnberg. Von 1883 bis 1886 studierte er in Heidelberg und Berlin die Rechte und Staatswissenschaften, war bei den Justizbehörden in Straßburg und Breslau Referendar und wurde 1872 Gerichtsassessor. Dann kam er in den Entschluß, zur Kommunalverwaltung überzugehen und trat 1875 als Polizeikommissar und Syndikus in den Dienst der Stadt Riegnitz. 1874 wurde er Bürgermeister in Hamm in Westfalen. 1881 kam er als Bürgermeister nach Halle. Nach einem Jahre schon wählte man ihn zum ersten Bürgermeister. 1888 wurde er in das Herrenhaus berufen und erhielt noch in demselben Jahre den Titel „Oberbürgermeister“. 1903 wurde er zum Geheimen Regierungsrat ernannt. 24 Jahre lang war er Stadtdirektor, dann spieci er 1906 aus dem Amte.

Während der Amtstätigkeit des Verstorbenen entwickelte sich Halle zur modernen industriellen Großstadt mit einer starken, intelligenten, vorwärtsstrebenden Arbeiterklasse. Wie er diesen bedeutenden Faktor des heutigen öffentlichen Lebens einschätzte und wie wir sehr oft ihm gegenüberzutreten gezwungen waren, wird ein großer Teil unserer Leser wohl wissen. Am Totenbette haben wir viele Veranlassung, Vergangenes wieder aufzurollen, wollen es jedoch auch nicht der bürgerlichen Presse gleichthun, die unter Verleugung ihres einseitigen Standpunktes dem Verstorbenen Lobeserhebungen nachruft. Ein Beweis des höchsten Wirkens ist die Verleihung des Städtischen Städtischen für bedeutend genug, um ihm den Titel eines Ehrenbürgers zu verleihen. Wir haben ihm diesen Titel nie mißgönnt.

Ein böser Druckfehler

hat sich gestern im Interenten der „Allgemeinen Zeitung“ eingeschlichen. Eigentlich sind es zwei Druckfehler, aber das ist nicht sozusagen um „eine fortlaufende Bedauerung“ best, können wir das unbedeutende Versehen in der Druckerei der „S. M. Z.“ als einen einzigen Fall betrachten. Auf der letzten Interentenverlesung findet die „Allgemeine“ der Hammenen Mittel, daß sie 14751 „auslassende Abonnement“ und eine „garantierte Auflage“ von 17300 Exemplaren besitzt!

Wie gesagt, ein böser Druckfehler! Zumal man nicht weiß, ob da bei beiden Summen vorn oder hinten eine Ziffer zu viel angebracht ist. Da eine notorielle Verlesung vorliegt, wird man die hintere Ziffer freizieh müssen. Aber man darf das Versehen der „Allgemeinen“ nicht alzu viel nehmen. Bei der Post, mit der die Zusammenfassung eines täglich erscheinenden Blattes erfolgt, sind solche Fehler nur zu leicht möglich. — Wenn sie hinterher nur berichtigt werden. . . .

Zimmer der alte Schwinderl.

Im hiesigen „General-Anzeiger“ erscheint des öfteren ein Inserat, wonach ein „Deutscher Zentral-Stellennachweis Berlin, Köpenicker Straße 8a“ Wächterin, Schloffer, Dreher, Schachtmeister, Aufseher, Schmiede usw. sucht. In dieser Zeit der Arbeitslosigkeit melden sich natürlich sehr viele aus den angeführten Berufen, die gern Stellung haben möchten, in der Meinung, daß ihnen von dem genannten Nachweis offene Stellen verhofft werden könnten. Sagen die Arbeitslosen ihr Porto barangewendet und angefragt, so erhalten sie einen gebrauchten Probest, aus dem hervorgeht, daß es sich um eine der vielen Wagnis-Belegungen handelt. Untersuchungen, vor denen nicht genug gewarnt werden kann. Der Inhalt dieser Belegungen besteht meistens aus Stellen-geldern, die in Lokalförmern „regelmäßig“ erscheinen und

